

PRESSEMITTEILUNG

26. Mai 2003

Gefahr für Hochschulen noch nicht gebannt

Mit Genugtuung hat die Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LKR) zur Kenntnis genommen, dass der Regierende Bürgermeister den Berliner Hochschulen finanzielle Planungssicherheit und den Erhalt der 85.000 Studienplätze zusichert. Diese Aussage wertet sie trotz der zermürbenden Spardiskussion in den letzten Wochen als positives Zeichen.

Weiterhin begrüßt sie die Versachlichung der politischen Debatte um die Einsparpotenziale im Wissenschafts- und Hochschulbereich. Die LKR geht davon aus, dass sich Berlins Politiker künftig nicht mehr mit horrenden und sich ständig ändernden Kürzungssummen an der öffentlichen Diskussion beteiligen werden. Schon jetzt ist der Imageschaden für den Wissenschaftsstandort Berlin immens, der nicht nur bundesweit, sondern sogar auch im Ausland mit sehr kritischen Stimmen kommentiert wird.

Die LKR sieht die aktuellen Einsparforderungen für die Kunsthochschulen mit großer Sorge, da sie in höchstem Maße diese einmaligen Einrichtungen infrage stellen. Die LKR protestiert gegen diese Sparpläne und fordert den Erhalt der Substanz der Kunsthochschulen.

In der aktuellen Spardebatte wird meist übersehen, dass die Berliner Hochschulen bereits in den vergangenen Jahren massiv eingespart haben. Allein die drei Universitäten Berlins mussten zwischen 1992 und diesem Jahr 5.537 Vollzeitbeschäftigte abbauen. Das entspricht einer Reduktion um rund 38 Prozent. Außerdem wurde die Zahl der Professorinnen und Professoren von 2.018 auf 1.106 fast halbiert. Der bundesweit beispiellose Sparkurs betrifft aber nicht nur den wissenschaftlichen Bereich. Auch beim Verwaltungspersonal – ohne Klinika – mussten rund 41 Prozent der Stellen gestrichen werden. Diese Leistungen haben noch nicht einmal die Landes- und Bezirksbehörden erbracht.

Damit wurde bereits erhebliches Einsparpotenzial abgeschöpft. Die Berliner Hochschulen haben mit diesen Strukturmaßnahmen im letzten Jahrzehnt schon ihr Soll übererfüllt.

Folgen die Politikerinnen und Politiker des Berliner Senats den Sarrazin-Szenarien, so stünde Berlin schon in wenigen Jahren vor einer ruinierten Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Nicht wettbewerbsfähige Ausbildungsperspektiven, enorme negative Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft sowie die Zerstörung von Tausenden von Arbeitsplätzen wären die Folgen dieser Sparpolitik. Berlin wäre eine drittklassige Kommune ohne Metropolenanspruch, ohne Wissenselite und verlöre erheblich an Attraktivität.

Für weitere Informationen steht Ihnen Dr. Kristina R. Zerges, Pressesprecherin der TU Berlin, zur Verfügung, Tel.: 030/314-23922, E-Mail: zerges@tu-berlin.de